

Am vergangenen 23. September war es soweit [...]

Autor(en): **Gallani, Matthias**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-
Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(1990)**

Heft 4: **Der Einstieg in de Ausstieg beginnt**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-586647>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Am vergangenen 23. September war es soweit: Die stimmberechtigte Schweizer Bevölkerung konnte sich endlich zu einem Entscheid in Sachen Energiepolitik durchringen. Die Annahme der Moratoriums-Initiative kommt einem typisch schweizerischen Kompromiss gleich. Zu einem mutigeren Schritt Richtung Ausstieg aus der Atomtechnologie hatte sie (noch) nicht den Mut.

Immerhin ist das ein klares Bekenntnis, die bisherige offizielle Nicht-Energiepolitik zu überdenken.

Die Ergebnisse. Von Matthias Gallati.

Mesocco (GR, Nagra-Standort)	79,5
Olten (VD, Nagra-Standort)	74,8
Russin (GE, Standort gepl. AKW Verbois)	70,6
Kaiseraugst (AG)	55,8
Lucens (VD, ehem. Standort AKW)	54,1
Unterseen (BE, Standort Grimsel)	54,0
Baum (UR, Nagra-Standort)	53,0
Hasliberg (BE, Standort Grimsel)	53,0
Meiringen (BE, Standort Grimsel)	52,0
Wolens (SO, Standort AKW)	50,9
Sibilingen (SH, ehem. Nagra-Bohrtort)	50,9
Weisach (ZH, ehem. Nagra-Bohrtort)	47,0
Rüthi (SG, Standort gepl. AKW)	45,5
Inwil (LU, Standort gepl. AKW)	44,3
Rothenthurm (SZ)	44,1
Graben (BE)	43,6
Mühlebühl (BE)	32,4
Däniken (SO, Standort AKW Gösigen)	23,9
Würenlingen (AG, Standort PSB)	21,8
Döttingen (AG, Standort AKW Beznau)	16,0
Leibstadt (AG)	9,0

Table 5. Ja-Anteile Ausstieginitiative (in Prozenten); ausgewählte Gemeinden

Kantone	E-A		M		A-I		A-I 1984		
	in %	Stimmzahl	in %	Stimmzahl	in %	Stimmzahl	in %	Stimmzahl	
Zürich	229 783	70,3	97 174	29,7	45,1	175 506	52,7	157 560	47,3
Bern	184 902	74,0	64 958	26,0	38,1	142 530	56,8	108 817	43,2
Luzern	59 476	70,8	24 556	23,2	41,1	48 751	58,5	37 014	43,2
Uri	6 877	75,7	2 213	24,3	39,4	5 284	57,5	3 905	42,5
Schwyz	14 411	57,7	10 571	42,3	35,5	12 727	50,2	12 616	49,8
Glarus	4 583	62,2	2 781	37,8	41,1	4 148	55,6	3 312	44,4
Nidwalden	7 585	74,4	2 609	25,6	44,6	5 445	53,1	4 817	46,9
Obwalden	6 572	70,1	2 208	29,9	40,0	5 298	55,9	4 181	44,1
Zug	17 833	67,1	8 758	32,9	50,0	14 298	52,8	12 786	47,2
Freiburg	36 422	73,7	12 687	26,3	36,2	26 340	53,7	22 686	46,3
Solothurn	54 279	67,4	26 298	32,6	53,6	43 972	54,3	37 019	45,7
Basel-Stadt	47 237	83,0	9 702	17,0	44,3	40 820	71,0	16 661	29,0
Basel-Land	56 726	77,3	16 667	22,7	48,0	47 208	63,7	26 924	36,3
Schaffhausen	19 548	65,1	10 496	34,9	69,1	17 038	54,9	14 071	45,1
Appenzell AR	10 633	69,3	4 710	30,7	46,6	8 187	52,7	7 343	47,3
Appenzell AU	2 471	69,4	1 088	30,6	39,0	1 551	43,2	2 039	56,8
St. Gallen	74 885	71,2	30 381	29,8	41,1	56 229	52,9	50 076	47,1
Graubünden	29 109	70,2	12 351	29,8	38,0	23 723	55,1	18 540	43,9
Aargau	78 512	64,8	42 641	35,2	38,6	48 107	39,2	74 723	60,8
Thurgau	35 161	65,4	18 630	34,6	43,7	25 178	46,2	29 272	53,8
Tessin	50 672	76,6	13 764	21,4	38,7	38 328	58,4	27 277	41,6
Vaud	67 034	66,8	33 280	33,2	30,3	55 888	54,5	46 722	45,5
Valais	25 175	55,3	20 315	44,7	29,1	20 473	44,1	25 917	55,9
Neuchâtel	28 967	73,0	10 694	27,0	41,7	23 648	58,0	17 153	42,0
Genève	54 492	91,1	12 710	18,9	35,6	47 226	69,2	21 016	30,8
Jura	10 553	77,0	3 149	23,0	31,7	9 107	65,5	4 801	34,5
1 212 898	71,0	495 952	29,0	39,4	94 736	54,6	78 747	45,4	
1 670 500	67,0	500 500	33,0	40,0	1 165 302	47,1	916 552	52,9	

Table 1. Abstimmungsergebnis vom 23. September 1990: Kantone in absoluten Zahlen und in Prozenten

E-A: Energie-Artikel M: Initiative Stopp dem AKW-Bau (Moratorium) A-I: Initiativ Ausstieg aus der Atomenergie A-I-1984: Atom-Initiative 1984

LANDKARTE DER BETROFFENHEIT

Interessant ist der Vergleich des Stimmverhaltens der einzelnen Kantone. Verglichen mit der Atominitiative 1984 ist festzustellen, dass die «Führungslage» bei den ausstiegsbefürwortenden Kantonen von den beiden Basel an den Kanton Gené abgetreten wurde. Basel-Land wurde zusätzlich von Neuchâtel, Jura und Tessin überholt. Da spielt einerseits sicher eine zentrale Rolle, dass das Projekt Kaiseraugst vom Tisch ist, dass andererseits im westlichsten Kanton der Schweiz eine zunehmende Sensibilisierung gegenüber Atomanlagen nachdrücklich wirkte. Die katastrophalen Sicherheitszustände im nahen Schellen Brütten von Creys-Malville E+U 1/2/89 und die Option AKW Verbois sind die Gründe dafür.

Schlechter abgeschnitten als erwartet haben die beiden Basel, Solothurn, Schwyz, Ob- und Nidwalden (Ausstiegs-Initiative). Zusätzlich zum Ergebnis von 1984 ist neu Uri zu den Ausstiegsbefürwortern gestossen. In Graubünden fehlten lediglich 62 Stimmen für eine Mehrheit. Das Bewusstsein der Bevölkerung in den Berggebietskantonen nimmt zu, als «Abfallkübel» der Nation zu gelten, ohne gleichzeitig von der Energiepolitik zu profitieren.

Gené	67,0	Fribourg	52,3
Basel	64,9	Obwalden	50
Lausanne	59,5	Schaffhausen	48,6
La Chaux-de-Fonds	59,4	Thun	47,1
Biel	57,9	Zug	46,8
Bellinzona	56,8	Solothurn	45,2
Luzern	56,4	Lugano	45,8
Neuchâtel	56,3	St. Gallen	45,7
Chur	55,8	Winterthur	45,0
Vevay	55,2	Aarau	44,0
Bern	54,4	Olten	40,8
Montreux	53,4	Sitten	34,7
Zürich	53,3	Basel	33,8

Table 4. Ja-Anteile Ausstieginitiative (in Prozenten); ausgewählte Städte

ATOMKRITISCH ODER BUNDESTREU ODER ATOMGLÄUBIG

Anhand der Abstimmungsergebnisse 1984 und der regionalen Betroffenheit durch Atomprojekte konnten die Kantone für die Planung der 3x-Ja-Kampagne in drei Kategorien eingeteilt werden. Die erste Gruppe umfasste diejenigen Kantone, die sich bereits vor sechs Jahren gegen die Atomenergie stellten. Zu ihr gehören die beiden Basel, die welschen Kantone Waadt, Neuchâtel, Gené und Jura sowie das Tessin.

In der zweiten Gruppe wurden diejenigen Kantone zusammengefasst, die klar atombefürwortende Mehrheiten in der Bevölkerung haben. Das sind: Aargau, Thurgau, St. Gallen, Valais, Zug und die beiden Appenzel.

Die dritte Gruppe umfasste diejenigen Kantone, die sich weniger auf die Kantone dieser beiden Kategorien. Sensibilisierung gegenüber der Atomenergie auf der einen, Übermacht der Atomgläubigen auf der anderen Seite - die beschränkten Mittel erforderten ein haushälterisches Umgehen. Die Gesamtstimmzahl wie auch das Ständemehr im Auge intensivierte das nationale Komitee die Aktivitäten vor allem in diesen sogenannten «Kippkantonen». Dieser dritten Kategorie der Uneinschiedenen gehören die bevölkerungsreichen Kantone Zürich und Bern, die Innerschweizer Kantone (ohne Zug), Glarus, Schaffhausen, Graubünden sowie Freiburg und Solothurn an. Verglichen mit der Einschätzung der Kantone mit den tatsächlichen Abstimmungsergebnissen, so stellen wir fest, dass sie sich im grossen Ganzen bewahrheitete.

REGIONALE BETRACHTUNGEN

Auf den ersten Blick kann gesagt werden, dass die Grossstädte die Ausstieginitiative höher befürworteten als die Kleinstädte und Mittelzentren. Auffallend hohe Anteile an Ja-Stimmen haben die Hauptstädte von den Berggebietskantonen Tessin, Luzern und Graubünden erreicht (Tabelle 4).

In der Liste der direktbetroffenen Gemeinden fällt auf, dass alle Nagra-Standortgemeinden die Ausstieginitiative zum Teil massig befürworteten, hingegen die Standortgemeinden der AKW sind einheitlich ablehnend. Die potentiellen KW-Standortgemeinden Rütli SG, Inwil LU und Graben BE lehnten sie - mit Ausnahme der Standortgemeinde des Projektes AKW Verbois - ebenfalls ab (Tabelle 5).

Werfen wir zum Schluss einen Blick auf die regionalen Besonderheiten. Dass das Aargauer Fricktal, in der bekanntlich die Gemeinde Kaiseraugst liegt, konstant eine genteilliche Meinung als der restliche Kanton in Fragen der Atomenergie vertritt, ist schon fast sprichwörtlich.

Schon weniger bekannt sind die grossen Anteile von ausstiegsbefürwortenden Stimmen in einzelnen Berggebietsorten: Das Oberwallis beispielsweise lehnte die Ausstiegs-Initiative nur ganz knapp ab (49 Prozent Ja) - allerdings im Gegensatz zum unteren, grosseren Kantonsteil (36 Prozent Ja).

Im Kanton Graubünden zeigt sich ein interessantes Bild: Die Kreise (Bezirke), die Mehrheiten für den Ausstieg verzeichneten, sind diejenigen des untersten Kantonsteils (Kreise im Prättigau und im unteren Bündner Rheintal, die Kreise Chur, Schanfigg und Domleschg), diejenigen im Untereggental, die italienisch sprechenden Kreise sowie das Saftental. Die Kreise, die vorwiegend auf Massentourismus ausgerichtet sind (vor allem die Kreise Davos, Klosters, Disentis und Oberengadin), zeigten mehrheitlich eine ablehnende Haltung.

Berner Jura, Laufenland, das St. Galler Rheintal um Rütli und die Region um Arbon/Romanshorn (das traditionelle Industriegebiet im Kanton Thurgau) beispielsweise, stimmten der Ausstiegs-Initiative ebenfalls zu.

Sicher sind noch verschiedene andere regionale Auffälligkeiten erwähnenswert. E+U wird bemüht sein, in Absprache mit dem Forschungszentrum für Schweizerische Politik, die auch diesmal die Abstimmungsanalyse (Vox) ausführt, sowie dem Institut Cultor Prospectiv in Zürich, eine Analyse samt Kartierung der Schweiz mit den Abstimmungsergebnissen anzufertigen.